

Redebeitrag RadiHum am Checkpoint Charlie am 6.11.2019

Wir sind eine kleine Gruppe aus dem Zusammenhang von „Unteilbar“ und wir nennen uns radikale Humanist*innen RadiHum.

Aus Anlass der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Mauerfall wollen wir ein anderes Gedenken begehen. Das Grenzregime der DDR war unmenschlich und tödlich. Das Recht auf Freizügigkeit wurde militärisch bekämpft und mit entsprechenden Grenzanlagen verhindert.

Für gar ein Vielfaches an Todesfällen ist das Grenzregime der EU-Administration an ihren Außengrenzen verantwortlich. Es sind die "Neuen Mauern um Europa.

In vielen Ländern Europas sind rechtsnationale Regierungen an der Macht oder rechte Parteien nehmen bezüglich der Migration erheblichen Einfluss auf den Diskurs in Politik und Gesellschaft. Was alle rechtsradikalen Parteien und Bewegungen in Europa eint, ist der Hass auf Migrant*innen und Geflüchtete.

Durch das reaktionäre Klima und die Entsolidarisierung in der Gesellschaft hat sich die Situation für Flüchtende und Migrant*innen in den letzten Jahren extrem verschärft. Rassistische Einstellungen sind ein in allen Gesellschaftsschichten existierendes Phänomen und haben eine Kontinuität, überall in der EU. Doch dass sich der Aufstieg der neuen Rechten so massiv vollziehen konnte, liegt auch an einem politischen System, das Rassismus normalisiert.

Die „Willkommenskultur“ von 2015 währte nur kurzzeitig, schnell änderte sich der Diskurs über die Flüchtenden und Migrant*innen. Es entstand ein Bedrohungsszenario, von dem vor allem die neue Rechte profitierte.

Die Regierenden reagierten mit einer noch restriktiveren Migrationspolitik, mit kaum zu überwindenden Grenzen. Das EU-Asylrecht sowie allgemeine Grundrechte werden immer weiter abgebaut. Auf die Spitze treibt es das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, mit dem Geflüchtete wie Straftäter behandelt, ihre Sozialleistungen weiter gekürzt und Unterstützer*innen kriminalisiert werden. Das ist eine Doktrin der Abschottung und Abschiebung, welche de facto eine aktive und bewusste Form der unterlassenden Hilfeleistung, wenn nicht Mord bedeutet. Und die dann Menschen, die andere vor dem Sterben retten wollen kriminalisiert und mit Haftstrafen von Jahrzehnten bedroht, wie aktuell die Crew des Rettungsschiffs Juventa.

Migration ist ein Menschenrecht! Sie ist jedoch auch eine Folge von sozialer und ökonomischer Ungleichheit! Migration hat Gründe: Diktaturen, Ausbeutung und ökonomische Zwänge, bewaffnete Konflikte, befeuert auch durch deutsche Rüstungsexporte und dahinterstehende Wirtschaftsinteressen, Umweltzerstörung und ressourcenverzehrende Lebensweisen.

Der Wunsch nach einem selbstbestimmten und sicheren Leben, Bewegungsfreiheit und ökonomischem Auskommen zeichnete nicht nur die ehemaligen ostdeutschen sogenannten „Republikflüchtlinge“ aus. Das ist der selbstverständliche, legitime Wunsch aller Migrierenden.

Die EU mit ihrem unerbittlichen Grenzregime verhindert diese Selbstbestimmung. Sie verhindert das Recht auf Mobilität und ein besseres Leben. Bei dem Versuch über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, haben im Jahr 2018 laut UNHCR insgesamt 2.262 Menschen ihr Leben verloren. Auf den Fluchtrouten zum Mittelmeer sterben laut neu veröffentlichten Zahlen vermutlich doppelt so viele Menschen wie im Mittelmeer.

Wir fordern Solidarität mit den Migrierenden statt inhumane Abschottungspolitik. Statt einer Aufrüstung und Kompetenzerweiterung der Grenzschutzagentur Frontex fordern wir sichere Fluchtwege nach Europa und perspektivisch offene Grenzen.